

## Verhandlungsprotokoll

der 3. Sitzung vom Freitag, 15. Januar 1954.

Vorsitz: Hr. Bundespräsident R u b a t t e l  
 Abwesend: Hr. Etter (dienstlich)  
 Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber  
 Protokolle: Die Protokolle der 92., 93., 94.  
 und 95. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr.

---

 Mitteilungen des Chefs des EPD
 

---

1. Korea

Unsere Legation in Warschau hat ein aide-memoire der polnischen Regierung erhalten, in dem vor allem der Standpunkt vertreten wird, die neutrale Kommission solle Verlängerung der Befragung der Gefangenen vorsehen. Die Mitglieder des Bundesrates werden Kopie erhalten. Diese Stellungnahme ist durch die Ereignisse überholt.

Schwedischer Vorschlag, die Kriegsgefangenen am 23. Januar freizulassen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Indien hat sich darauf auf eigene Verantwortung entschlossen, die Gefangenen auf den 20. Januar je der Partei zurückzugeben, die sie vorher in Gewahrsam hatte, damit sie dann von ihr auf den 23. Januar freigelassen werden können. Dieser Beschluss wurde den Kriegsführenden mitgeteilt mit Fristansetzung zur Stellungnahme bis 16. Januar. Die neutrale Heimschaffungs-Kommission wird nach Abmachung bis am 22. Februar bleiben, um dann aufgelöst zu werden.

2. Rat für kernphysikalische Forschung

Dieser Rat wird demnächst in Genf tagen. Als Präsident ist vorgesehen der niederländische Professor Bakke. Sein Gegenkandidat Professor Bloch ist Doppelbürger (Schweizer und Nord-Amerikaner). Als Amerikaner bedeutet er Belastung für den Rat. Unsere Delegierten können ihm aber, nachdem er Schweizer ist, nicht gut Stimme verweigern. Die schweiz. Delegation hat vom EPD die Weisung erhalten, zu versuchen, die Wahl zu verschieben.

3. Chinesische Gesandtschaft Bern

Schon in früherer Sitzung wurde mitgeteilt, dass sie in Muri Platz gekauft, um Gesandtschaftsgebäude zu erstellen, dass aber Gemeinde Muri und Berner-Regierung das Projekt abgelehnt haben. Zeitungen haben phantastische Behauptungen aufgestellt, z.B. über Absicht, eine kommunistische Diplomatenschule zu errichten. Auch Behauptung, Personal





der kommunistischen Gesandtschaften sei übersetzt, trifft nicht zu. Dazu soll Stellung genommen werden in der Antwort auf die Kleine Anfrage Bircher, die den Mitgliedern des Bundesrates bald im Entwurf zugestellt werden wird.

4. Wahlen im Vereinigten Deutschland. Mandat für Schweiz und Schweden

Haben keine derartige Anfrage erhalten. Es scheint unglaublich, dass eine solche kommen wird, schon im Hinblick auf Aussichten der Berliner-Konferenz.

5. Schiedsgericht Schweiz/Italien

Als Vertreter des Schweizerischen Standpunktes soll vorgeschlagen werden Professor Guggenheim. Unser ständiger Delegierter im Schiedsgericht, Hr. Bolla, der in einer ähnlichen Angelegenheit schon im Schiedsgericht Frankreich/Italien gesessen ist, sollte ersetzt werden durch Herrn Bundesrichter Logoz. Auf Grund der Sondierungen, die noch gemacht werden, wird dann definitiv Antrag gestellt werden.

6. Kleine Anfrage Bircher betr. Briefwechsel Roosevelt - v.Steiger

Es wird beschlossen, die Angelegenheit in der Sitzung vom 19. Januar zu behandeln.

7. Ministerwechsel

Die Vorschläge für verschiedene Umstellungen für Palästina, Indonesien, Chile und Venezuela werden genehmigt. Für Uruguay wird noch ein Vorschlag gemacht. Der Bundesrat ist auch damit einverstanden, dass in den südamerikanischen Staaten Gesandte im Ministerrang akkreditiert werden.

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Hilfe an die Lawinengeschädigten in Oesterreich

Auf Antrag von Herrn Petitpierre wird beschlossen, der österreichischen Regierung an die Adresse der Lawinengeschädigten in Oesterreich das Beileid des Bundesrates und des Schweizervolkes durch unsern Gesandten in Wien ausdrücken zu lassen. Im weitern wird der Text für eine Pressemitteilung besprochen und die Bundeskanzlei wird zusammen mit dem Chef des Politischen Departementes den endgültigen Text aufstellen.

Hr. Kobelt teilt mit, dass die Ursache des Absturzes des Helikopters im Prättigau noch nicht ganz abgeklärt sei. Hr. Bundespräsident gibt Kenntnis von zwei Sympathie-Telegrammen für die schweizerischen Lawinenopfer, die eingegangen sind von der Königin der Niederlande und vom Regierungschef von Neuseeland. Auch hievon soll die Presse unterrichtet werden.



MilitärdepartementBegnadigungsgesuch Gurtner.

Das Dossier geht an J.u.P. zur Prüfung, ob hier gnadenweise die bedingte Verurteilung gewährt werden kann. Die Frage, ob ein Soldat, der vom Einheitskdt. als unfähig für den Grad eines Uof. bezeichnet wird, gezwungen werden kann, in eine Uof.-Schule einzurücken, wird von verschiedener Seite in Diskussion gezogen. Hr. Kobelt stellt fest, dass \*) ein gewisser Zwang nötig sei, da es die Armee mindestens in der welschen Schweiz sonst noch schwerer hätte, genügend Chargierte zu finden. Er vertritt den Standpunkt, dass die Begnadigung niemals so weit gehen kann, ein Gerichtsurteil aufzuheben.

\*) Gurtner zur Ausbildung zum Uof. vorgeschlagen wurde und

U m f r a g eVerwaltungsrat SBB

Ueber die Frage, ob bei der Bestellung des Verwaltungsrates auch auf die parteipolitische Zugehörigkeit des Kandidaten Rücksicht genommen werden soll, findet eine Diskussion statt. Beschlüsse werden nicht gefasst, sondern es wird der Antrag des PED abgewartet.

Bericht über Hovag in der NZZ

Hr. Weber berichtet die Mitteilung, die er in der Sitzung vom 12. Januar gemacht hat. Die Indiskretion ist nicht durch Herrn Luterbacher begangen worden. Hr. Schütz hat das von F.R.S. erfahren. Seine Unterhaltung mit Herrn Luterbacher erfolgte erst, nachdem der Artikel in der NZZ erschienen war.

Bestellung von neuen Flabgeschützen

Hr. Weber erklärt, es sei ihm bei der Beschlussfassung über dieses Geschäft entgangen, um welch grossen Auftrag es sich handle, sonst hätte er darauf hingewiesen, dass zwischen dem Bund und der Firma Bührle ein Prozess schwebe. Es wäre dies der Anlass, um beide Fragen zu verknüpfen. Bei einem Auftrag im Ausmass von 100 Millionen sollte man andern Weg finden als 30 % Anzahlung. (Kleinere Anzahlung und andere Staffelung). EMD soll schauen, ob nicht daneben auch die Frage des Clearings geregelt werden kann.

Das EMD wird die Angelegenheit zusammen mit Finanzverwaltung weiter verfolgen.

Hr. Feldmann teilt mit, dass das J.u.P. Antrag gestellt habe, auf eine von Bührle in dieser Prozesssache eingeleitete Betreibung Rechtsvorschlag zu erheben. Der Herr Bundespräsident erklärt, diesem Antrag sei bereits durch Präsidialverfügung entsprochen worden.

Hr. Petitpierre regt an, dass die Departemente, die solche Verträge abschliessen, dieselben zuerst dem Finanz- und Zolldepartement unterbreiten sollen, damit es auf derartige Fälle aufmerksam machen kann.



Wandgemälde im Verwaltungsgebäude Monbijou *wegen des*  
 Hr. Weber teilt mit, dass das Personal über das ausgewählten  
 Wandgemälde protestiert hat, und dass er in dieser Angelegenheit  
 direkt mit Herrn Etter Fühlung nehmen werde.

#### Verteilung der Departemente

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass alle Herren ihre  
 Departemente behalten wollen, und dass somit am nächsten  
 Dienstag Herrn Streuli mitgeteilt werden kann, dass ihm das  
 Finanz- und Zolldepartement übertragen werde.

#### Besprechung mit Hotelier-Verein

Der Herr Bundespräsident orientiert über eine Konferenz mit  
 einer vom Vizepräsidenten des Hotelier-Vereins, Hr. Gredig,  
 geführten Delegation des Hotelier-Vereins. Man musste die  
 Herren aufklären über alles was Bund bereits im Sinne der  
 Empfehlungen der Luzerner-Konferenz unternommen hat. Die  
 Hotellerie beklagt sich, dass trotz Zunahme der Frequenz sich  
 aus den möglichen Preisen keine Rendite ergäbe. Sie stellt  
 das undiskutable Begehren, dass der Bund der Hotellerie die  
 Einnahmen vergütet, die ihm aus der für die Hotellerie be-  
 stimmten Einfuhren erwachsen.

#### Sitzung vom Dienstag

Es sollen an dieser Sitzung behandelt werden die Geschäfte  
 Beamtenabbau beim Politischen Departement. Schutz der Zivil-  
 bevölkerung.

#### Schweizerische Stenographentage

(s. Beschlussprotokoll)

#### Protokolle der letzten Sitzungen

Die Verhandlungsprotokolle der 1. und 2. Sitzung vom 7. und  
 12. Januar werden genehmigt.